Laut einer Analyse der Restrukturierungsberatung Falkensteg im Auftrag des *Handelsblatts* gab es im ersten Halbjahr dieses Jahres 41 Prozent mehr Insolvenzen bei mittleren und größeren Unternehmen als im Vorjahr. Das ist signifikant mehr, als zuvor von Wirtschaftsexperten prognostiziert worden war. Unter den insolventen Unternehmen finden sich bekannte Unternehmen wie der Reiseveranstalter FTI, die Warenhauskette Galeria und das Modeunternehmen Esprit. Die *NachDenkSeiten* wollten vor diesem Hintergrund wissen, wie Wirtschaftsminister Robert Habeck und Kanzler Olaf Scholz diesen besorgniserregenden Trend erklären. Von **Florian Warweg**.

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Insgesamt meldeten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 162 mittlere und größere Unternehmen mit einem Umsatz von mindestens zehn Millionen Euro ihre Insolvenz an – ein Plus von 41 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dies berichtete zuerst das *Handelsblatt* unter Berufung auf eine von der Wirtschafts- und Finanzzeitung in Auftrag gegebenen Analyse. Damit liegt die Zahl der Firmenpleiten deutlich über dem Anstieg von 30 Prozent, der zu Jahresbeginn prognostiziert worden war. Besonders stark betroffen sind Immobilienunternehmen, Automobilzulieferer und Maschinenbauer – insbesondere die beiden letztgenannten Bereiche waren über Jahrzehnte zentrale wirtschaftliche Stützen der Bundesrepublik.

Als Gründe für die Insolvenzwelle führt das *Handelsblatt* und die von ihr beauftragte Restrukturierungsberatung die Nachwirkungen der Corona-Maßnahmen, die anhaltende Inflation, steigende Energie- und Materialkosten sowie eine damit im Zusammenhang stehende schwächelnde Nachfrage an.

Auszug aus dem Wortprotokoll der Regierungspressekonferenz vom 10. Juli 2024:

Frage Warweg
Im ersten Halbjahr 2024 kam es zu 41 Prozent mehr Firmenpleiten aka Insolvenzen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das ist signifikant mehr als prognostiziert wurde.

Wie erklärt sich das BMWK diesen Trend?

Spoo (BMWK)
Vielen Dank für die Frage. Ich kann dazu ein bisschen ausführen. Der ansteigende Trend der Unternehmensinsolvenzen hat sich, wie Sie richtig angemerkt haben, im ersten Halbjahr 2024 weiter fortgesetzt. Allerdings zeigen Frühindikatoren eine leichte Entspannung im Vergleich zu den durch die Sondereffekte geprägten Vorjahren. Diese Zahlen zeigen die weiterhin hohe Dynamik des Insolvenzgeschehens. Auch das Vorcoronaniveau wurde mittlerweile übertroffen.

Von einer gesamtwirtschaftlichen Insolvenzwelle, von der mehrfach gesprochen wurde, kann derzeit aber auf Basis der Datenlage noch nicht so richtig gesprochen werden. In der 20-Jahre-Langfristbetrachtung liegt die Zahl der Insolvenzen auf keinem auffällig hohen Niveau. Derzeit sind vor allen Dingen eher mittlere und große Unternehmen stärker von Insolvenzen betroffen, das heißt, Unternehmen mit einem Umsatz in Höhe von über 10 Millionen Euro.

Zusatzfrage Warweg
Frau Hoffmann, wie besorgt zeigt sich der Bundeskanzler angesichts der massiv gestiegenen Zahl von Firmenpleiten?

Vize-Regierungssprecherin Hoffmann
Wir nehmen das natürlich zur Kenntnis. Wir schauen dahin und haben parallel zu den jetzt abgeschlossenen Haushaltsverhandlungen eine Wachstumsinitiative vereinbart, die explizit auch die Bedingungen für die deutsche Wirtschaft und für Unternehmen verbessern soll. Darin sieht man schon einen Teil der Antwort auf den Trend.

Dem Bundeskanzler ist allerdings auch immer wichtig gewesen, dass es nicht darum gehen kann, die deutsche Wirtschaft in irgendeiner Weise schlechtzureden. Aber natürlich nimmt man solche Zahlen ernst, und, wie gesagt, reagieren wir auch schon.

Titelbild: Screenshot NachDenkSeiten, Bundespressekonferenz 10.07.2024

Mehr zum Thema:

EU-Kommission senkt Wachstumsprognose für Deutschland auf 0,1 Prozent – Wie erklärt das Wirtschaftsminister Habeck?

Robert Habecks Ausreden für seine falsche Konjunkturprognose: „1,3 Prozent

Wachstum für 2024“

Habeck findet es „schwer zu ertragen“, dass NachDenkSeiten ihn mit kritischen Fragen belästigen und lügt nachweislich auf BPK

Bundeswirtschaftsministerium unter Habeck: Vetternwirtschaft, Klima der Angst und Einsatz des Inlandsgeheimdienstes bei „abweichenden Einschätzungen“